

Fragen und Anträge zum Entwurf des Haushaltsplans 2012

Wir bitten die Verwaltung um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Warum wurde über die Vermietung städtischer Räume bisher nicht besser öffentlich informiert?

Begründung:

In der Diskussion zum Haushalt 2011 hatten wir beantragt, die Vermietung geeigneter städtischer Räume offensiver zu betreiben und dazu u.a. Informationen im Internetangebot der Stadt leicht auffindbar zu platzieren. Dies konnte offenbar bisher noch nicht erledigt werden. Wir versprechen uns von einer offensiveren Vermarktung einen besseren Service für die Bürgerschaft und eine Erhöhung der städtischen Einnahmen.

2. Wir bitten um Information zu den Maßnahmen der Feldwegeunterhaltung

Begründung:

Insbesondere bitten wir um Erläuterung zu den geplanten Maßnahmen einer Feldwegeverbindung Aldingen-Neckargröningen (S. 129).

3. Wann können im Bereich „Bei den Stämmen/Regentalgraben“ die ersten Hochzeitsbäume gepflanzt werden und welche Informationsmaßnahmen plant die Stadtverwaltung?

Begründung:

Wir kommen zurück auf eine frühere Initiative unserer Fraktion. Zwischenzeitlich ist die Geländemodellierung abgeschlossen, so dass aus unserer Sicht einer Pflanzung von Hochzeitsbäumen/Jubiläumsbäumen nichts mehr im Wege steht. Kann dies im Rahmen der Pflegemaßnahmen (S. 86) eingeplant werden?

4. Welche Hochwasserschutzmaßnahmen sind an der Förderschule in Kornwestheim angefallen?

Begründung:

Da uns nicht bekannt wäre, dass die Förderschule im Bereich eines Fließgewässers liegt, bitten wir um Erläuterung der angefallenen Kosten (S. 73).

5. Wann ist mit ersten Entwürfen zur städtebaulichen Entwicklung im Bereich Neckarkanalstraße Nord in Aldingen zu rechnen?

Begründung:

Das Thema wurde vor längerer Zeit andiskutiert. Mit Blick auf den notwendigen Planungsvorlauf und die Befristung des Sanierungsgebietes Aldingen III halten wir weitere Schritte für angebracht.

6. Warum ist für den Grünzug im Haldengebiet die Einschaltung eines Sachverständigen erforderlich?

Begründung:

Nach unserer Einschätzung sollten dort keine Fragestellungen auftauchen, welche die Verwaltung nicht mit vorhandenem Sachverstand erledigen kann (S. 107).

7. Was erwartet sich die Verwaltung von einer Potentialanalyse für den Leistungsbereich der Tageseinrichtungen?

Begründung:

Der Planentwurf weist bei HH-Stelle 608000 (S. 94) hierfür 20 T€ aus und sieht eine Fremdvergabe vor.

8. Warum kann der Schwimmunterricht nicht an allen Grundschulen gewährleistet werden?

Begründung:

Erfreulicherweise kann neben den Grundschulen in Aldingen, Neckarrems und Hochberg auch die Grundschule Hochberg ab 2012 wieder einen Schwimmunterricht anbieten. Wie kann die Stadt darauf hinwirken, dass auch an den Grundschulen in Pattonville und Neckargröningen den Kindern dieses Angebot gemacht wird?

9. Kann der Aufwand für die Ertüchtigung der Haustechnik im Bauhof reduziert werden?

Begründung:

Bei HH-Stelle 944000 (S. 222) ist ein Betrag von 250 T€ eingeplant. Wir bitten um Darstellung der geplanten Maßnahmen.

10. Wie erklärt sich der immense Kostenaufwand für die Sanierung der Sporthalle im Bildungszentrum?

Begründung:

Bei HH-Stelle 943000 (S. 196) wird von einem weiteren Mittelbedarf in Höhe von 3,5 Mio € für die Sporthalle Biz ausgegangen. Obwohl uns der Zustand der Halle durchaus bekannt ist, überrascht doch die Höhe des erwarteten finanziellen Aufwandes.

11. Welche Verbesserungen in der Beschilderung der Straßen sind konkret geplant?

Begründung:

Wir freuen uns sehr, dass nach mehreren Jahren unsere Initiative zur Verbesserung der Beschilderung im überörtlichen Straßennetz nun aufgegriffen werden kann und bei HH-Stelle 982000 (S. 209) hierfür 35 T€ als kommunaler Anteil aufgenommen werden. Wir bitten um Information über die Grundsätze des Beschilderungskonzeptes.

12. Wie ist der Stand der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen beim Bauhof?

Begründung:

Unsere Fraktion hatte vor einem Jahr beantragt, über mögliche Kostensenkungen beim Bauhof und ein System zur Kostenkontrolle zu berichten. Uns ist bekannt, dass die Arbeiten hierzu begonnen haben, sich aber aus verschiedenen Gründen verzögern. Wir bitten um mündlichen Bericht.

Wir beantragen:

1. Zur Sicherung der Einnahmen bei UA 8800 (Allgemeines Grundvermögen) mehrere künftige Baugebiete parallel vorzubereiten.

Begründung:

Der Haushalt der Stadt Remseck ist nach wie vor in bedeutendem Umfang von Einnahmen aus dem Verkauf von Baugrundstücken abhängig. Der Haushalt 2012 weist beispielsweise Einnahmeerwartungen in Höhe von rund 3 Mio € aus.

Erfreulicher Weise ist der Gemeinderat mit großer Mehrheit der Meinung, dass die Schaffung von Bauland in allen geeigneten Fällen nach dem „Remsecker Modell“ erfolgen soll (Ankauf des Bauerwartungslandes bzw. Rohbaulandes durch die Stadt, verbindliche Bauleitplanung, Neueinteilung der Grundstücke und danach Veräußerung von Bauplätzen). Dieses Modell sichert sowohl den Veräußerern verlässliche Erlöse als auch der Stadt planbare Einnahmen.

Aus der Erfahrung der letzten Jahre erkennen wir, dass nicht auszuschließen ist, dass sich Baugebiete wegen einzelner, nicht veräußerungsbereiter Eigentümer deutlich

verzögern können. Deshalb schlagen wir vor, Verhandlungen mit Grundstückseigentümern parallel in mehreren Gebieten zu führen, um so eine größere Flexibilität bei der Schaffung von Bauland zu erreichen.

2. Bei städtischen Baumaßnahmen die Standards gemeinsam mit dem Gemeinderat vorab festzulegen und so auch zu einer besseren Kostenkontrolle zu kommen.

Begründung:

Wir knüpfen mit diesem Antrag an unseren letztjährigen Antrag in Sachen Kostenkontrolle an, der im Gremium mehrheitliche Zustimmung gefunden hatte. Wir stellen erneut fest, dass bei der Planung und Ausführung städtischer Baumaßnahmen im Vorfeld in den gemeinderätlichen Gremien intensiv über Kostenschätzung, Kostenberechnung und Kostendeckelung diskutiert wird. Allerdings fehlen zu diesem Zeitpunkt oft notwendige Berechnungsgrundlagen oder Erläuterungen, weshalb die wünschenswerte Transparenz für die Gremien nicht immer gegeben ist. Auch findet i.d.R. keine Verständigung über die Standards der Bauausführung statt; diese werden von der Verwaltung oder den planenden Architekten und Ingenieuren selbstständig festgelegt.

In 2012 ff. stehen wieder bedeutende und kostenträchtige Bauvorhaben an (Erweiterung Realschule, Toilettensanierung Neckarschule, Sanierung Sporthalle Biz, Rathausneubau).

Wir bitten um Vorschläge, wie der Gemeinderat möglichst frühzeitig in die Festlegung der Baustandards und damit indirekt auch in die Kostenplanung einbezogen werden kann.

3. Die Mittel für die Tunneltrasse Hochberg in eine zweckgebundene Rücklage einzustellen

Begründung:

Der im Entwurf enthaltene Ansatz bei Haushaltsstelle 959000 (S. 213) in Höhe von 25 T€ soll ebenso wie bereits früher bereitgestellte Mittel nicht für die Vergabe eines Planungsauftrages im Jahr 2012 verwendet werden, sondern bis zum geeigneten Zeitpunkt als zweckgebundene Rücklage „geparkt“ werden.

Der Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg hat mit Schreiben von 12.12.2011 Herrn Landrat Dr. Haas mitgeteilt, dass aus heutiger Sicht bis Ende 2017 beim Land keine Spielräume für die Förderung von Großprojekten bestehen und somit „... eine zeitnahe Förderung des „Hochbergtunnels“ nicht darstellbar ist.“

Wir befürchten deshalb, dass eine Vorplanung, die Stadt und Landkreis im Jahr 2012 erstellen lassen, bis zum Zeitpunkt der konkreten Ausführungsplanung so stark überholt ist, dass sie dann in weiten Teilen wiederholt werden muss; diese Befürchtung speist sich auch aus der Beobachtung, dass die ingenieurtechnischen Regelwerke für den Tunnelbau sehr schnelllebig sind.

4. In der Remstalstraße Schadstoff- und Lärmmessungen durchführen zu lassen

Begründung:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 17.11.2009 auf gemeinsamen Antrag aller Fraktionen vom 13.10.2009 beschlossen, mit Blick auf das damals bevorstehende Lkw-Durchfahrverbot in Stuttgart verschiedene Aktivitäten der Stadt zu starten, u.a. beim Land Schadstoff- und Lärmmessungen zu beantragen.

Leider hat das Land bisher auf alle Vorstöße der Stadt Remseck zu unserer großen Enttäuschung nicht in unserem Sinne reagiert und wir haben die Überzeugung gewonnen, dass Politik und Verwaltung beim Land in Fragen der Verkehrsemissionen zunehmend rat- und hilflos agieren.

Die Prognose des Landes von 170 durch das Stuttgarter Durchfahrverbot bedingten zusätzlichen Lkw auf Neckarbrücke lag weit daneben: die Zählung des Ingenieurbüros Kölz vom Frühjahr 2011 hat belegt, dass tatsächlich 765 Lkw täglich hinzugekommen sind, also vier mal so viel wie vom RP erwartet. Insgesamt sind es damit mehr als 3.600 Lkw, die jeden Tag mitten in Remseck den Neckar queren. Wenn man sich dann noch deutlich macht, dass ein Lkw die achtfache Lärm- und Abgasbelastung wie ein Pkw verursacht, wird das Ausmaß der Belastung deutlich. Rein rechnerisch kann man daraus ableiten, dass die rund 28.000 Pkw und die rund 3.600 Lkw zusammen Belastungen verursachen wie rund 57.000 Pkw.

Die nunmehr in Stuttgart diskutierte Geschwindigkeitsreduzierung auf Teilen der Bundesstraßen lassen weitere Verlagerungen der Belastungen nach Remseck befürchten; in einem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 30.11.11 ist von einer dadurch bedingten Zunahme der Feinstaubbelastung in Remseck um 25 Prozent die Rede.

Im Jahr 2012 ist darüber hinaus ein Lkw-Lenkungskonzept des Landkreises Ludwigsburg zu erwarten, das für uns unzweifelhaft eine weitere Erhöhung der Lkw-Belastung auf der Neckarbrücke und in der Remstalstraße mit sich bringen wird.

Deshalb muss Remseck handeln, die beantragten Messungen durchführen lassen und dann mit objektiven Daten in die weitere Diskussion gehen.

Remseck am Neckar, den 17. Januar 2012

Peter Bürkle
Jürgen Geiger
Michael Hörr
Rainer Plessing
Gerhard Waldbauer